Dieselöl Benzin
HEIZ ÖL HAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Freitag, 20. Januar 2023 | Nr. 3 | 65. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Dankbarkeit am 12. Februar
von Prof. Dr. Karl Spühler
Seite 2

Kanton Zürich
Die Unabhängigkeit der Schweiz muss bestehen
von NR Roger Köppel
Seite 3

Aktuell
Exklusives Interview mit RR Silvia Steiner
Seite 4–5

Parlamentsgemeinden
Jetzt für unsere Heimat kämpfen!
von GR Samuel Balsiger
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Roadshow mit den SVP-Regierungsräten
Seite 8

EIN PARADIGMENWECHSEL IN DER ASYLPOLITIK IST UNUMGÄNGLICH

Führungslose Migrationspolitik: Schweiz schlittert ins Chaos

Das schweizerische Asylrecht ist veraltet. Unsere Migrationspolitik ist den heutigen Realitäten nicht mehr gewachsen. Um den Herausforderungen weltweiter Migration begegnen zu können, muss ein Paradigmenwechsel erfolgen. Wer das Schlepperwesen bekämpfen und wieder Kontrolle darüber erlangen will, wer europäischen Boden betritt, muss die Hilfe vor Ort verbessern, aber auch Asylverfahren auslagern. Denn wir haben nicht nur zu viele Zuwanderer, sondern vor allem auch die falschen.

Es kommen nicht nur immer mehr Leute in unser Land, es kommen vor allem auch die falschen Leute in unser Land! Bild: Pixabay

Anno 1974 forderte der Berner SVP-Nationalrat Walther Hofer den Erlass eines Asylgesetzes. Doch bereits Hofer fand, der Erlass tauge nicht für eine zukunftsgerichtete Migrationspolitik. Anstelle von Einschränkungen habe der Bundesrat «die Tore weit aufgemacht». Das Fazit Hofers: «Das kann doch nicht der Sinn dieses Gesetzes sein.»

Sogwirkung wegen veralteter Regulierung

Heute sehen wir: Die Schweizer Asylgesetzgebung ist völlig veraltet und zielt an den Realitäten vorbei. Ein Paradigmenwechsel drängt sich auf. Die traditionelle Asylpolitik der Schweiz konzentrierte sich immer auf die Hilfe für Personen aus unmittelbarer Nachbarschaft. Heute aber sind wir mit globalen Migrationsbewegungen konfrontiert. Gemäss dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) hat sich weltweit die Zahl der Vertriebenen in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Waren anno 2012 noch gut 40 Millionen Menschen auf der Flucht, sind es heute bereits 103 Millionen. Diese Zahl wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen: Wohlstandsgefälle und demografische Entwicklungen treiben die Wanderungsströme nach Westeuropa weiter an.

Schweiz ohne Strategie in der Migrationspolitik

Vergleicht man den Anteil positiver Asylentscheide der Schweiz mit den Zahlen aus Italien, Deutschland oder Frankreich, sieht man: Die Schweiz ist wesentlich grosszügiger als ihre Nachbarländer. Gesuchsteller aus Afghanistan, Eritrea, Syrien oder der Türkei haben in der Schweiz viel grössere Erfolgsaussichten als in anderen europäischen Ländern. Viele Probleme sind also hausgemacht.

Die – oft jungen und männlichen – Migranten wissen genau: Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert. Das Bestreben links-grüner Kreise, «Sans Papiers» (also illegal Anwesende) zu legalisieren, verstärkt diese Sogwirkung. Die Bezeichnung «vorläufig aufgenommen» ist irreführend, denn die Wegweisung solcher Personen ist faktisch unmöglich.

In aller Regel bleiben sie für immer hier – oft mit drastischen Auswirkungen auf die Sozialkosten oder die öffentliche Sicherheit.

Flüchtlinge bleiben meist im Herkunftsland

Die grosse Mehrheit der Vertriebenen flieht gar nicht ins Ausland, sondern sucht Schutz in ihrem Heimatland. Diese Menschen, die vor Krieg oder Katastrophen flüchten, möchten möglichst rasch wieder nach Hause. Ebenso geht es den bald 35 Mio. Flüchtlingen, die ihr Heimatland verlassen. Über 86% dieser Menschen fliehen in ein Land, das an ihren Heimatstaat grenzt. Wer die weite Reise über mehrere Kontinente antritt, tut dies oft mit ganz anderen Motiven. Davon leben Schlepper, Menschenhändler und die organisierte Kriminalität.

Wenn es auch eine Minderheit ist, welche die weite Reise antritt: Für die Schweiz ist die Zahl erdrückend. Die Asylgesuche sind im vergangenen Jahr auf 24 500 gestiegen. Bis Ende Dezember erhielten zudem über 72 500 Ukrainer den Status S. Damit befinden sich erstmals über 120 000 Personen im Asylprozess. Das kostet und führt zu Engpässen. Dass bereits zwei Kantone den Asylnotstand ausgerufen haben, spricht Bände.

Hinzu kommen rund 45 000 vorläufige Aufgenommene (abgelehnte Asylgesuche), geschätzte 76 000 illegal Anwesende («Sans Papiers») sowie jede Woche mehrere Hundert Aufgriffe irregulärer Migranten, welche die Schweiz wieder verlassen – oder dies zumindest sagen.

Schweiz muss endlich Regeln durchsetzen

Die Schweizer Migrationspolitik ist ein einziges Fiasko; eine Steuerung der Zuwanderung erfolgt nicht. Weil die Masseneinwanderungsinitiative nicht umgesetzt wird, kommen viel zu viele Leute in die Schweiz. Aufgrund der laschen Asylpolitik kommen aber auch die falschen Migranten hierher: nicht primär Fachkräfte, sondern Wirtschaftsmigranten aus fernen Kontinenten.

Man fühlt sich im eigenen Land zunehmend fremd. Werte wie Demokratie, Toleranz, Gleichberechtigung oder gar das staatliche Gewaltmonopol werden offen zur Disposition gestellt. Die neuen Zuwanderer kommen aus anderen Kulturen; unsere Werte sind ihnen egal. So geht die Schweiz früher oder später kaputt.

Neuausrichtung der Asylpolitik

Wer die Migration unter Kontrolle bekommen will, muss dafür schauen, dass die potenziellen Migranten Perspektiven in ihrem Land sehen und keine Motivation haben, nach Europa zu kommen. Dazu kann – wie z.B. England, Dänemark oder Österreich dies machen wollen – die Auslagerung von Asylverfahren gehören. Sodann muss der Bund Ausweisungen vollziehen, Rückführungen umgehend durchführen und darüber auch informieren. Dazu gehört eine Neuausrichtung der Entwicklungshilfe und die Stärkung der Hilfe vor Ort. Nur so können das Schlepperwesen und der Menschenhandel effektiv bekämpft werden.

Hilfe und Schutz dürfen nicht mit Aufenthalt gleichgesetzt werden. Wir müssen umdenken.

Wenn wir die Migrationspolitik nicht völlig neu konzipieren, ist das Fiasko vorprogrammiert.

Gregor Rutz
Nationalrat SVP
Zürich

Ihr SVP Sport & Mental Trainer
Ob draussen, online, im Fitnesscenter oder bei Ihnen zu Hause!

Ihre Vorteile:

- schmerzfrei
- kein Übergewicht mehr
- gleichgesinnt (SVP)
- starke Beine fürs Skifahren
- Voller Energie
- Prävention, Sturzgefahr

Bis bald

Euer Roger
Web: www.fit4morefun.com
Tel: 077 504 34 80

Christoph Mörgeli

Das System Berset wankt

Mit dem taumelnden Bundespräsidenten gerät möglicherweise ein ganzes System ins Wanken. Wir meinen das System Berset. Der Innenminister hat via seinen Intimus Peter Lauener die ihm gewogenen Journalisten zehn Jahre lang mit Vertraulichkeiten gefüttert. Als Kulturminister versorgte Alain Berset so ziemlich die gesamte Kulturszene zuverlässig mit überreichlich Zaster. Höhepunkt der korruptionsähnlichen Verstrickung waren die Impf-Konzerte, die einigen Sängern einen wahren Geldregen bescherten – trotz ziemlich leeren Publikumsrängen. Hunderte um Hunderte von Millionen verteilte der SP-Bundesrat, um die Kulturschaffenden bei guter, selbstverständlich linker Stimmung zu halten. Er war der gefeierte Star bei Film- und Jazzfestivals, bei Literaturtagen und Preisverleihungen. Besonders gut traf es sich, dass Berset während der Covid-Pandemie sowohl für die Gesundheit wie für die Kulturschaffenden zuständig war. Regemässige Monatslöhne machten die Musiker, Sänger, Tänzer, Schauspieler, Kabarettisten und Slam-Poeten faktisch zu Staatsangestellten.

Im System Berset ist ein Samir bestens aufgehoben, obwohl er noch nie einen guten Film gedreht hat. Ebenso auf Endlosförderung hoffen darf Sophie Hunger, der noch nie ein guter Song gelungen ist. Von Preis zu Preis angelt sich der Schriftsteller Klaus Merz, der noch nie einen guten Roman veröffentlicht hat. Das System Berset besteht in einer Filmförderung, die mehr Filmemacher produziert, als Menschen, die diese Filme sehen wollen.

Dem angeschlagenen Kulturminister eilt jetzt Viktor Giacobbo auf Twitter zu Hilfe: Man habe vertrauliche Dokumente an Ringier in Joe Bidens Büro entdeckt. Und die People-Journalistin von Ringier unterhalte eine Standleitung in den Buckingham-Palast. Auch der öffentlich-rechtliche Mike Müller lenkte ab – auf Adolf Ogi, der «zweimal rausging, um Frank A. Meyer anzurufen». Dank neuen Indiskretionen wissen wir, dass Alain Berset gerne eine Zigarre und einen guten Rotwein geniesst. Weinkenner wissen: Einen guten Roten erkennt man an seinem Abgang.

WAHLJAHR 2023

Das Jubiläum der Bundesverfassung fordert uns alle

Unsere Bundesverfassung wird 175 Jahre alt. Alle Bürgerinnen und Bürger sind gefordert. Sie sind zu tiefem Dank verpflichtet.

Prof. Dr. Karl Spühler
Alt Bundesrichter
Winterthur

Zu Dank verpflichtet für Demokratie und Rechtsstaat. Für die Unabhängigkeit der Schweiz. Zu Dank verpflichtet für unseren Wohlstand. Der Dank ist eine Gewissensfrage. Jede Bürgerin und jeder Bürger ist angesichts des Verfassungsjubiläums gerade in diesem Jahr dazu verpflichtet.

Blenden wir zurück. Sechs Generationen lebten dank der Grundsätze unserer Bundesverfassung in Frieden, Unabhängigkeit und Freiheit. Die Schweiz war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein armes Land. Es war zerrissen vom Krieg, erschüttert vom sogenannten Sonderbundskrieg. Es gleicht einem Wunder, dass im Jahre 1848 die Einigung des Landes zustande gekommen ist. Es war eine gewaltige politische, menschliche und rechtliche Leistung, dass damals unsere Bundesverfassung geschaffen werden konnte. Ihr Kerngehalt ist bis heute ein fester Bestand unserer Schweiz. Die Verfassung von 1848 überdauerte die Verfassungsrevision von 1874 und fand auch in die geltende Verfassung vom 18. Dezember 1998 Eingang.

Der Kerngehalt unserer Verfassung

Fassen wir diesen Kerngehalt in aller Kürze zusammen. Auch die geltende Verfassung wurde nicht einfach erlassen, sondern sie steht «Im Namen Gottes des Allmächtigen». So wie die Verfassung des Jahres 1848. Ihr Zweck bildet der Schutz der Freiheit und der Rechte des Volkes. Sie wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes. Sie fördert die Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung sowie den Zusammenhalt und die kulturelle und sprachliche Vielfalt der Schweiz und sorgt für die Chancengleichheit unter Bürgerinnen und Bürgern. Unsere Verfassung garantiert die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Aufgrund der Unabhängigkeit des Landes fordert sie den Einsatz für eine friedliche Welt.

Die Bundeserfassung will keinen allmächtigen Staat. Dessen Schranke ist das Recht. Der Mensch, nicht der Staat, steht im Zentrum. Das Individuum und dessen Rechte stehen an erster Stelle.

Fülle von Rechten

Es gilt hier nicht, ein juristisches Kolleg abzuhalten. Es ist aber in Erinnerung zu rufen, dass unsere Verfassung seit 175 Jahren die persönliche Freiheit als oberstes Gut garantiert. Einher geht die Verantwortung jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers für den Kerngehalt der Bundesverfassung. Eng mit dem Recht auf persönliche Freiheit verbunden ist der Schutz und die Garantie des Privat- und Familienlebens sowie auf Meinungsäusserungsfreiheit und auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Zu erwähnen ist sodann die Vereinigungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist unser Schutz gesichert. Dazu dienen die Eigentumsgarantie und die Wirtschaftsfreiheit, die frühere Handels- und Gewerbefreiheit. Dazu kommen entscheidende Verfahrensgarantien. Einschränkungen all der erwähnten Grundrechte unterliegen dem Verhältnismässigkeitprinzip. Schwerwiegende Einschränkungen sind nur zulässig, sofern dafür eine Grundlage im Gesetz besteht. Dies bildet den Übergang zu den politischen Rechten. Diese garantieren die Rechtstaatlichkeit. Zu erwähnen ist hier in erster Linie das Volksinitiativrecht. Nicht minder wichtig in der alltäglichen Praxis sind die verschiedenen Referendumsrechte. Sie bilden zusammen den Kern unserer einzigartigen Demokratie. Diese Fülle von Rechten verlangt nach stetiger Wachsamkeit.

Tiefer Dank ist Gewissensfrage

Verbunden damit ist die Verpflichtung jeder Bürgerin und jeden Bürgers zu tiefem Dank. Das bildet eine Gewissensfrage. Dieser wird Rechnung getragen, indem wir alle am 12. Februar 2023 mit unserem Wahlzettel danken. Kein Wahlzettel darf zu Hause bleiben und dort vergeudet werden!

Wählen wir mit Liste 1 unsere Kandidierenden in den Kantonsrat und wählen wir die bewährten Regierungsratsmitglieder wieder. Damit bezeugen wir unsere Dankbarkeit gegenüber der Bundesverfassung von 1848. Sie brachte unserem Land Freiheit, Rechtsstaat, Demokratie, Sicherheit und Wohlstand. Und vor allem Unabhängigkeit.

Die Dankbarkeit gegenüber unserem grossartigen System muss sich am 12. Februar in einem Wahlerfolg für die SVP – Liste 1 ausdrücken! Bild: zVg

DIE WIEDERKEHRENDEN FEHLER DES BUNDES

Testfreiheit für Chinesen: Bundesrat zwischen Volk und Tourismus

Mit der Testfreiheit für Touristen aus China schlägt der Schweizer Bundesrat einen eigenständigen Weg ein. Es fragt sich, ob der damit Verantwortung für die Schweizer Bevölkerung übernimmt oder mehr die Interessen der Tourismus-Branche wahrnimmt.

Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich Kreis 12

Da geht der Bundesrat hin und entscheidet, dass es für Reisende aus China keinen Corona-Test braucht, obschon dort die Fallzahlen nach der Aufhebung der Null-Covid-Strategie förmlich explodieren. Eine solche Situation trägt auch ein unbekanntes Potenzial in sich, dass sich neue Mutationen entwickeln. Sicher tut die Landesregierung gut daran, nicht überall die Massnahmen anderer Länder zu übernehmen. Sie tat in der Vergangenheit auch gut daran, dass sie die rigiden Ausgehverbote nicht übernommen hat.

Mögliche Unterschätzung der Black Box in China

Doch nicht jede Situation ist gleich: Jetzt geht es nicht um die Einschränkungen für die Schweizer Bevölkerung, sondern schlicht um eine Testpflicht für Reisende aus einer bestimmten Region, präzise aus einem epidemiologisch problematischen Land. Das hat nichts mit Fremdenfeindlichkeit zu tun, sondern mit Vernunft. So haben auch alle Länder, die an die Schweiz angrenzen – und viele weitere –, diese Testpflicht verhängt.

Es ist erstaunlich, wenn ausgerechnet Experten, die immer sehr zu Vorsicht und Einschränkung tendierten, die ehemalige Task-Force Präsidentin Tanja Stadler und Huldrych Günthard, die Lage in der Schweiz angesichts der Impfrate und der durchgemachten Infektionen als eher unbedenklich einstufen und der Bundesrat seinen Entscheid nicht zuletzt auch darauf abstützt.

Doch da werden gewichtige Punkte übersehen: Ob die Zahlen aus China stimmen, wenn überhaupt viele veröffentlicht werden, ist zumindest fraglich: so soll China beim Ausbruch der Pandemie die WHO angelogen haben; davon abgesehen dürfte es in einer Situation, wie sie in China herrscht, auch einen Graubereich geben. Da ist auf jeden Fall ein vernünftiges Mass an Vorsicht gefragt. Schon einmal hat man die Situation beim Ausbruch der Pandemie, ausgehend von Wuhan, sträflich unterschätzt. Damals war es die ganze Weltgemeinschaft, welche die Lage unterschätzte; diesmal scheint ausgerechnet die Schweiz aus den Erfahrungen nichts gelernt zu haben.

Fahrlässig Grenzstaus provozieren

Und woran die Landesregierung auch nicht gedacht hat: Wenn rund um die Schweiz bei Einreisen mit dem Flugzeug ein negativer Test verlangt wird, was passiert dann, wenn Chinesen – allenfalls infizierte – über die Grenze auf der Strasse in diese Länder reisen? Im Zug besteht eine gewisse Kontrolle, auf der Strasse aber nicht.

Solche Einreisen können spontan erfolgen, aber auch System haben, weil man die Schweiz als testfreie Eingangspforte nutzt. Auch ohne einen grossen Knall, wenn es tatsächlich zu einer Verbreitung auf diesem Wege käme, muss man damit rechnen, dass dann an den Grenzen von den umliegenden Ländern wieder Grenzkontrollen eingeführt werden – und wir alle dann an der Grenze im Stau stehen?

Aus Erfahrung nichts gelernt

Die Schweiz hat sich vor rund zwei Jahren schon einmal ein peinliches Denkmal gesetzt. Damals holte man die Briten für die Winterferien in die Schweiz, unterschätzte die Wirkung der damals besonders hochansteckten «Delta-Variante», die von Grossbritannien ausging. Als das am Jahresende aufflog, verfügte man sofort eine Quarantäne für die eingereisten Briten, was zur Flucht von vielen Touristen führte; aber dennoch verbreitete sich die Variante aus den Skigebieten dann in die ganze Schweiz. Man stelle sich den Skandal vor: Die eine Bundesorganisation für Marketing, «Schweiz Tourismus», holt Touristen mit einer aus Steuergeldern finanzierten Millionenkampagne in die Schweiz, die andere Bundessorganisation für Gesundheit, das «BAG», steckt jene, die nicht rechtzeitig fliehen konnten, in Quarantäne.

Einfluss der Tourismus-Branche?

Es dürfte leicht sein, darauf zu schliessen, dass es die Tourismus-Lobby war, welche auch hier wieder ihren Einfluss geltend machte. Denn die Chinesen, es kommen ja die besonders Reichen, sind besonders interessant, weil sie auch in teuren Hotels absteigen sowie gut und teuer einkaufen. Wer hat sich im Bundesrat dafür stark gemacht? Die Sitzungen sind ja vertraulich – vielleicht weiss man bei Ringier mehr.

In China tobt zurzeit eine Coronawelle sondergleichen. Die Schweizer Bevölkerung muss vor einer erneuten Pandemie rigoros geschützt werden! Bild: Pixabay

AUS DEM KANTONSRAT

Eine Ratssitzung im Zeichen von Effizienz und Versorgungssicherheit

Die Ratssitzung vom 16. Januar war vielseitig und kam von den Traktanden her weit, bis und mit Traktandum 25.

Daniel Wäfler
Kantonsrat SVP
Gossau

Zuerst wurde eine Einzelinitiative zur Liberalisierung der Kennzeichenvergabe und Stärkung der Halterrechte behandelt und mit Unterstützung der SVP mit insgesamt 65 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen, was Seltenheitswert hat und für den Initianten spricht. Die nachfolgenden vier Einzelinitiativen fanden nicht die Gnade des Parlamentes. Eine Motion der Mitte, mit der eine speditivere Abwicklung der Stipendiengesuche gefordert wird, wurde diskussionslos an den Regierungsrat überwiesen, ebenso eine ganze Reihe von Postulaten. Etwa ein Postulat der GLP, mit dem eine Förderung des Berufes Fachperson Gesundheit EFZ verlangt wird, oder ein Postulat, mit dem gefordert wird, dass die Benützung von Einrichtungen kantonaler Schulen ganzjährig ausserhalb der Unterrichtszeiten möglich sein soll und für Vereinsgruppen mit Jugendlichen unter 20 Jahren auch gratis, wurden von allen Fraktionen diskussionslos unterstützt. Das Postulat von SVP, SP, GLP und Mitte für Bildungsprovisorien, welches Standards für modulare Systembauten nach pädagogischen, ökologischen und ökonomischen Kriterien ermöglichen will, wurde genauso überwiesen wie zwei Postulate der FDP mit dem Ziel, die Infrastrukturen entlang von Staatsstrassen und die Trassen des öffentlichen Verkehrs für die Energiegewinnung zu nutzen.

Erfolg für die SVP

Nach der Parlamentarischen Initiative zur Harmonisierung der Hilfe für Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung, welche gegen den Willen der SVP überwiesen wurde, kam dann unter Traktandum 24 der erste grosse Erfolg der SVP-Fraktion an diesem Morgen. Die Parlamentarische Initiative von Tobias Weidmann (SVP Hettlingen) mit Mitunterzeichnern von FDP und Mitte mit dem Titel «Stärkung des Milizsystems durch Halbierung der Sitzungstage» hat die Stärkung des Milizsystems zum Ziel und wäre eine echte Innovation für den Ratsbetrieb. Authentisch konnte Unternehmer Weidmann den Spagat zwischen Beruf, Familie und Milizamt aufzeigen und die angedachte Reform als Stärkung des Milizsystems vorstellen. So führte er aus: «Es geht mir bei diesem Vorstoss nicht um mich, sondern um jene, die ein Amt ausführen möchten, es aber aus zeitlichen Gründen bisher nicht können und nicht zur Verfügung stehen.» Die Parlamentarische Initiative wurde dann mit 77 Stimmen vorläufig unterstützt und kann nun von der zuständigen Kommission, als echte Alternative und Rückkehr zu mehr Miliz dank echter Effizienz, geprüft werden.

Versorgungssicherheit

Am meisten Diskussionsbedarf gab es dann beim letzten Traktandum, der Parlamentarischen Initiative «Versorgungsgrundlagen erhalten – Langfristiger Erhalt von Drainagen in landwirtschaftlichen Böden», welche von Paul Meyer (SVP Marthalen) mit Daniel Wäfler (SVP Gossau) und Erich Vontobel (EDU Bubikon) eingereicht wurde. Paul Meyer erklärte: «14 400 Hektaren von den heute 73 000 Hektaren landwirtschaftlicher Nutzfläche im Kanton Zürich sind systematisch entwässert, rund 20 Prozent. Auf diesen Flächen wird immer noch ein markanter Anteil unserer Nahrungsmittel produziert. Der Erhalt der Fruchtbarkeit dieser Böden ist daher mit Blick auf die Zukunft sehr wichtig!» In seinem eindrücklichen Votum konnte Paul Meyer die künftige Bedeutung der drainierten Böden aufzeigen und die Notwendigkeit zu deren Erhalt und dem Schutz vor grossangelegten Vernässungen, welche im Umfang von 1300 Hektaren durch den Kanton geplant sind. Die Ratslinke konterte mit den gewohnten Floskeln, dass weniger Fleisch und Foodwaste mehr nützten als eine neue Anbauschlacht. Doch eine geschlossene bürgerliche Ratsseite, mit FDP und Mitte an Bord, verhalfen dem Anliegen der Landwirtschaft zu echtem Gehör. Mit insgesamt 84 Stimmen wurde der Vorstoss, mit welchem die langfristige Versorgungssicherheit wieder gestärkt werden soll, an die zuständige Kommission überwiesen. Damit ging die Ratssitzung mit einem Erfolg für die SVP/EDU-Fraktion zu Ende.

Betroffene drainierte Anbaufläche in Benken, welche von der Baudirektion als künftiges Feuchtgebiet eruiert wurde. Bild: Reto Studer

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Der Kantonsrat auf sozialpolitischen Irrwegen

Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich Kreis 9

An der historischen 300. eidgenössischen Abstimmung seit 1848, am 5. Juni 2016, hat das Schweizer Stimmvolk unter anderen Vorlagen mit 66,8% Ja- zu 33,2% Nein-Stimmen eine Revision (mit den Worten der Linken, eine Verschärfung) der Asyl- und Ausländergesetzgebung beschlossen. Frau alt Bundesrätin Sommaruga (SP) hielt noch am Abstimmungssonntag fest: «Dieses Asylgesetz wird nicht alle Probleme lösen …»

Die grundsätzliche Frage ist doch: Wie gehen wir mit Asylsuchenden, abgewiesenen Flüchtlingen und Schutzsuchenden um?

Die SVP empfindet zum jetzigen Zeitpunkt die beiden Parlamentarischen Initiativen «Harmonisierung der Hilfe für Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung und vorläufig Aufgenommene» und «Faire und solidarische Sozialhilfe im Kanton Zürich» mehr als störend, denn der Schweizer Souverän hat 2016 mit klarer Sprache gesprochen. Der Zürcher Souverän hat erst im Jahr 2017 die heute gültige Lösung gutgeheissen und damit zum Ausdruck gebracht, dass die einheimische Bevölkerung betreffend den wirtschaftlichen Grundbedarf unterschiedlich, d.h. besser, behandelt werden soll. Dieses deutliche Abstimmungsverdikt gilt es, auch heute noch, zu respektieren!

Aber was machen die Linken und Grünen nur fünf Jahre später im Kantonsrat? Sie fabulieren von einer Harmonisierung der Sozialleistungen, von gleich hohen Ansätzen und dass für den Ausgleich unter den Gemeinden ein neuer Fonds geschaffen werden soll. Die Fieberkurve steigt und sogar die Grünliberalen machen beim grossen Umverteilen mit. Eine Kommission solle prüfen und Vorschläge für dieses Ansinnen, Eingriff in die Gemeindeautonomie, Zentralisierung und finanzieller Ausgleich über einen Fonds, in der nächsten Legislatur erarbeiten!

«Prost Mahlzeit, diese Suppe ess' ich nicht…!» Jetzt gilt es, am 12. Februar 2023 mit dem Wahlzettel die sozialistische Umverteilung zu stoppen! Nur die SVP ist Garant, dass dieses Vorhaben gestoppt und weiteres Unheil abgewendet werden kann. Nehmen Sie an den Wahlen teil und legen Sie nur die SVP Liste 1 unverändert ein… kein Kumulieren und kein Panaschieren, Danke für Ihre Unterstützung.

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Jetzt Verantwortung übernehmen!

Die Wahlcouverts sind in den Haushaltungen im Kanton Zürich eingetroffen. Nun müssen ALLE mobilisiert werden, die SVP Liste 1 einzuwerfen und das bürgerliche 5er-Ticket in den Regierungsrat zu wählen. Irritiert stelle ich fest, dass die Wahlempfehlung einiger SVP-Parteimitglieder bei den Regierungsratswahlen wie ein bunt gemischter Parteiensalat daherkommt.

Als grösste Partei tragen wir eine grosse Verantwortung bei den Zürcher Regierungsratswahlen. Insbesondere unsere Stimmen entscheiden, ob Natalie Rickli, Ernst Stocker, Carmen Walker Späh, Peter Grünenfelder und Silvia Steiner in den Regierungsrat gewählt werden und wir die bürgerliche Mehrheit sichern können. Die SVP ist nicht immer gleicher Meinung mit den Vertretern der FDP und der Die Mitte. Aber etwas ist sicher wie das Amen in der Kirche: Erhalten die bürgerlichen Kandidaten wie z.B. Silvia Steiner zu wenig Stimmen, sitzt plötzlich die Linke Priska Seiler Graf in der Regierung. Und mit einer SP-Regierungsrätin haben wir selten bis nie das Heu auf der gleichen Bühne. Die bürgerliche Mehrheit in der Regierung ginge verloren und somit auch der Einfluss unserer Regierungsräte Natalie Rickli und Ernst Stocker. Die rot-grüne Klima-Allianz hat die letzten vier Jahre im Zürcher Parlament die Mehrheit erlangt und nach Belieben gewirkt. Wollen wir dasselbe in der Zürcher Regierung riskieren? Dass will unseren Regierungsräten Natalie Rickli und Ernst Stocker wohl niemand antun, oder?

Nehmen wir unsere Verantwortung wahr und wählen wir Natalie Rickli, Ernst Stocker, Carmen Walker Späh, Peter Grünenfelder und Silvia Steiner in den Regierungsrat. Die weiteren zwei Zeilen auf dem Wahlzettel müssen leer bleiben. Stehen wir ein für einen bürgerlichen Regierungsrat im Kanton Zürich, welcher für Wohlstand, Stabilität und Sicherheit sorgt.

von Domenik Ledergerber

Kanton Zürich

Wahlzettel

für die Erneuerungswahl des Regierungsrates
für die Amtsdauer 2023 – 2027

Erster Wahlgang vom 12. Februar 2023

Sieben Mitglieder des Regierungsrates

Name, Vorname	Nähere Angaben wie: Partei, Wohnort usw.	
1. Rickli, Natalie	SVP	
2. Stocker, Ernst	SVP	
3. Steiner, Silvia	Die Mitte	
4. Walker Späh, Carmen	FDP	
5. Grünenfelder, Peter	FDP	

KEINE ENTMACHTUNG DER SCHWEIZER UND DER KANTONE!

Keine institutionelle Unterwerfung unter die EU!

Die SVP weist die europapolitische Standortbestimmung des Bundesrats zurück. Der neue Europabericht atmet den Geist der Kapitulation und der Unterwerfung unter fremde Richter und fremde Gesetzgeber. Für die SVP-Fraktion im Bundeshaus kommt eine institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU und damit die Verschiebung unserer durch die Verfassung garantierten Volksrechte nach Brüssel nicht infrage.

Roger Köppel
Nationalrat SVP
Küsnacht

Das aber ist exakt der Plan des Bundesrats und aller Parteien ausser der SVP in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats. Seit Monaten schickt Aussenminister Ignazio Cassis seine Chefunterhändlerin Livia Leu nach Brüssel, um mit der EU Verträge abzuschliessen, welche die Schweiz zwingen würden, automatisch EU-Recht zu übernehmen und die EU-Gerichtsbarkeit als oberste Instanz im Streitfall hinzunehmen. Beides lehnt die SVP entschieden ab. Der Bundesrat beschwört in seinem Bericht unkritisch, ja fast unterwürfig die «europäische Wertegemeinschaft», droht dabei aber bewährte schweizerische Werte über Bord zu werfen: die Unabhängigkeit des Landes, die Volksrechte unserer Bürger, die Souveränität und die Autonomie unserer Gemeinden und Kantone. Die Schweiz fordert den Bundesrat auf, nicht die angebliche, durch Korruptionsaffären belastete «Wertegemeinschaft» EU, sondern die Werte der Schweiz ins Zentrum zu stellen.

Die Mainstream- und Euroturbo-Parteien haben im Sturm des Ukraine-Kriegs den Kopf verloren. Nach der Neutralität wollen sie nun auch die schweizerische Unabhängigkeit preisgeben. Das ist brandgefährlich. Die EU steckt tief im Krieg mit Russland. Rezessionen, soziale Probleme und politische Unruhen sind an der Tagesordnung. Die illegale Massenzuwanderung ist ausser Rand und Band. Die Schweiz darf sich einem solchen Gebilde niemals unterwerfen. Sie muss unabhängig und weltoffen bleiben.

> *«Die Werte der Schweiz ins Zentrum stellen.»*

Die Schweiz muss unabhängig und weltoffen bleiben! Bild: Pixabay

SVP BEZIRK BÜLACH

Um Ziele zu erreichen, reicht es nicht, zwischen den Wahlen gegen den Strom zu schwimmen. Wir müssen den Strom drehen!

Damit dies der SVP gelingt, benötigt die Liste 1 alle Stimmen, die erhältlich sind. Wir müssen 20 Mal so viele Wählerinnen und Wähler erreichen, wie wir Parteimitglieder sind. Machen Sie deshalb alle Menschen, die das politische Herz am richtigen Fleck haben, auf die Wahlen aufmerksam! Viele gehen nicht wählen, weil sie glauben, es nütze nichts, oder weil es für sie nicht wichtig scheint. Oder weil sie den Termin verpassen. Diese Menschen können wir gewinnen, oft nur schon, wenn wir darüber sprechen!

Die SVP-Liste 1 packt die Probleme bei der Wurzel: Wir stimmen im Kantonsrat für die Lösung der Verkehrsprobleme (Stau), wir stimmen für gute Gesetzesgrundlagen fürs Gewerbe, die Landwirtschaft, den Wirtschaftsstandort, für Ihre Sicherheit, für funktionierende Schulen. Für tiefere Steuern. Weniger Migration und mehr Region. Wir kämpfen gegen Verbote und Einschränkungen und für die Freiheit!

Nur wenn wir zulegen, erreichen wir diese Dinge. Denn nur dadurch werden auch andere Kantonsrätinnen und Kantonsräte ihre Haltungen überdenken und mit uns ziehen.

Zu allen Zeiten sind deshalb SVP-Kandidatinnen und -Kandidaten unterwegs, verteilen Wahlwerbung, Flyer für die Liste 1, sprechen Leute an. Die Ortssektionen helfen gerne. So wie hier (Foto) vor der Migros in Eglisau die SVP Hüntwangen mit den Kantonsratskandidaten Andreas Keiser, Thomas Regli und Sven Heinzelmann am Samstagmorgen Schweizer-Punsch ausschenkte. Die meisten Menschen hatten Freude!

Im Einsatz in Eglisau für die Liste 1: v.l.n.r.: Sven Heinzelmann, Thomas Regli und Andreas Keiser. Bild: zVg

Matthias Hauser, Präsident SVP Bezirk Bülach

SVP BUBIKON-WOLFHAUSEN

Neujahrs-Apéro der SVP Bubikon-Wolfhausen

Am 15. Januar lud die SVP Bubikon-Wolfhausen im Geissbergsaal zum traditionellen Neujahrs-Apéro. Gemeinderätin, Sektionspräsidentin und Kantonsratskandidatin Seraina Billeter begrüsste die zahlreichen Anwesenden, darunter alt Nationalrat Christoph Mörgeli und Nationalrat Thomas Matter, welcher zugleich ein interessantes Referat hielt.

Nach einer ersten Stärkung mit Kaffee und Gipfeli machte Seraina Billeter noch einmal deutlich, wie wichtig die Mobilisation der eigenen Wählerbasis hinsichtlich den Kantons- und Regierungsratswahlen ist. Für einen starken bürgerlichen Anteil im Regierungsrat ist es zudem unerlässlich, alle fünf bürgerlichen Kandidaten auf die Liste zu setzen.

Nach dem Referat von NR Thomas Matter fand die Vorstellung der Kantonsratskandidaten des Bezirks Hinwil in einem innovativen Format statt. Was bislang nur aus «Glanz & Gloria» bekannt war, ging nun auch in Wolfhausen über die Bühne.

Im «Ich & Du» stellten sich je zwei Kandidaten spannenden Fragen zu aktuellen Themen und mussten sich entscheiden, auf wen die Aussagen besser zutreffen. Es zeigte sich deutlich, dass gerade im Zürcher Oberland die Thematik einer sicheren, einheimischen Nahrungsmittelversorgung stark polarisiert.

Wie in vielen anderen Gemeinden, sorgten auch die geplanten Windkraftanlagen für viel Gesprächsstoff. Als Abschluss wurde ein reichhaltiger Apéro mit kalten und warmen Häppchen offeriert. Der gelungene Anlass wurde durch Seraina Billeter in Zusammenarbeit mit Kantonsratskandidat und Inhaber der Konditorei Voland, René Schweizer, organisiert.

Seraina Billeter, Bubikon

V.l.n.r.: René Schweizer, Benjamin Stricker, Seraina Billeter, Thomas Matter, Daniel Wäfler, Benjamin Herger, Nicole Ward-Brändli, Elisabeth Pflugshaupt und Walter Honegger. Bild: zVg

LESERBRIEF

Minderheiten im Vormarsch

Mehr Patriotismus statt Anpassung

Frau Kantonsrätin Nina Fehr Düsel ist es vor Kurzem gelungen, in einer kurzen Zusammenfassung, den Anpassungswahnsinn an die Minderheiten und den verloren gegangenem Patriotismus umfassend zu beschreiben. Wie recht sie doch hat. Für diesen Verlust sind vor allem die Medien, die Politiker, vorweg die Linken, die Sozialinstitutionen und die Gutmenschen, verantwortlich.

Es ist eine Schande, dass sich die Bevölkerung einer Minderheit fügen muss. Unsere Toleranz gegenüber Minderheiten wird arg strapaziert. Bei jeder Unterhaltung und jeder Diskussion steht man heute massiv unter Druck. Es darf kein Wort benutzt werden, welches nicht genderkonform ist. Sofort wird man als Rassist und unsozial beschimpft. An Unis bekommen die Studenten sogar Notenabzug, wenn nicht genderangepasst geschrieben wird. An Grundschulen dürfen die Kinder beim traditionellen Sport- und Freizeitspiel, der «schwarze Mann», das Wort schwarz nicht mehr aussprechen. Sie werden aufgefordert, zu sagen, wer hat Angst vor dem Krokodil. Einfach grotesk. Es gäbe noch massenweise solche Beispiele, würde aber den Rahmen Leserbrief sprengen. Ich denke, dieser Mainstream-Unsinn grenzt an Anpassungswahnsinn.

Heidi Jucker, Adliswil

INTERVIEW MIT REGIERUNGSRÄTIN SILVIA STEINER

«Die Schule muss im Dorf bleiben»

Die Zürcher Regierungsrätin und Bildungsdirektorin Silvia Steiner strebt bei den bevorstehenden Wahlen vom 12. Februar eine dritte Amtszeit an. Doch ihr Sitz ist laut jüngsten Umfragen gefährdet und damit auch eine bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat. Im Interview mit dem Zürcher Bote sagt die Mitte-Politikerin, warum sie zittern muss und was sie mit den Schulen in den kommenden vier Jahren vorhat.

Silvia Steiner auf Schulbesuch. Bild: Marion Nitsch

Silvia Steiner, seit acht Jahren sind Sie schon Bildungsdirektorin im Kanton Zürich. Wie erklären Sie sich, dass Sie trotzdem um die Wiederwahl bangen müssen?
Die Schule ist der Ort, wo alle zusammenkommen und alle mitreden. Das ist schön, führt aber auch dazu, dass alle eine Vorstellung haben, wie die Schule genau funktionieren soll. Deshalb steht man als Bildungsdirektorin immer ein wenig in der Kritik, das gehört schon fast zum Amt dazu. Und als Mitte-Politikerin mit einer kleinen «Hausmacht» bin ich zusätzlich auf meine starken bürgerlichen Partner angewiesen.

Es läuft also alles bestens?
Die Schulen sind in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark im Fokus gestanden. Wir mussten eine Coronapandemie, die Aufnahme von vielen Geflüchteten aus der Ukraine und den Mangel an Lehrpersonen bewältigen. Das hat alle stark gefordert, allen voran die Lehrerinnen und Lehrer und die Schulen selbst. Da läuft nicht immer alles rund. Dabei geht leider vergessen, dass das Meiste bestens funktioniert. Wir haben es zum Beispiel geschafft, das enorme Schülerwachstum zu bewältigen und Jahr für Jahr 100 bis 150 zusätzliche Klassen zu eröffnen. Während der Coronakrise fand der Unterricht bis auf ein paar wenige Wochen immer in der Schule statt. Was die Weiterentwicklung der Schulen betrifft, so haben wir etwa die Berufslehre gestärkt und die Berufsschulen zu Kompetenzzentren gebündelt.

Was muss man sich darunter vorstellen?
Die Berufsschulen waren bis anhin regelrechte «Gemischtwarenläden», in denen zum Beispiel neben Maschinenmechanikern auch Pflegefachpersonen ausgebildet wurden. Mit der Reform sind nun Zentren für einzelne Berufsgruppen entstanden, eben richtige Kompetenzzentren. So kann auch der Schulraum optimal genutzt werden. Das stärkt die einzelnen Regionen und die Berufslehre insgesamt, was mir sehr wichtig ist.

Man hat den Eindruck, als würden immer mehr Kinder ins Gymi gehen und die Akademisierung voranschreiten.
Es gibt schulisch keinen Druck, dass ein Kind die Matur machen muss. Viele Wege führen zu einer erfolgreichen Berufslaufbahn. Die Maturitätsquote im Kanton Zürich liegt ausserdem seit Jahren unter 20 Prozent. Der Eindruck täuscht, dass im Kanton Zürich immer mehr Kinder ins Gymi gehen. 80 Prozent der Jugendlichen besuchen nach der Volksschule eine Berufslehre. Die Berufsbildung ist und bleibt mit Abstand die grösste Zubringerin an gut qualifizierten jungen Arbeitskräften. Wir können sehr stolz sein auf dieses System. Denn gerade weil die duale Berufsbildung bei uns so stark ist, bleibt die Jugendarbeitslosigkeit selbst in Krisenjahren tief. Das zeigte sich auch während der Coronapandemie. Ich werde mich weiterhin für eine starke Berufsbildung einsetzen.

Immer wieder hört man, in der Volksschule laufe vieles falsch. Die Lehrpersonen sind am Anschlag, der integrative Unterricht ist gescheitert, die Eltern kehren der Schule den Rücken. Was sagen Sie zu diesen Vorwürfen?
Da will ich mit ein paar Unwahrheiten aufräumen: Es stimmt zum Beispiel nicht, dass immer mehr Kinder eine Privatschule besuchen. Die Quote ist im Kanton Zürich seit mehr als zehn Jahren stabil. Die Volksschule geniesst einen ungebrochen starken Rückhalt in der Bevölkerung. Der Lehrerberuf ist so attraktiv, dass wir Jahr für Jahr die Plätze an der Pädagogischen Hochschule (PHZH) erhöhen müssen. Was die Integration betrifft, so haben wir im Kanton Zürich im Gegensatz zu anderen Kantonen die Kleinklassen nie ganz abgeschafft. Aber natürlich müssen wir der Schule Sorge tragen. Die Volksschule lebt davon, dass sie in der Bevölkerung verankert ist. Die Schule gehört ins Dorf und muss dort bleiben. Mich ärgert es, wenn unsere Schulen und der Lehrerberuf schlechtgeredet werden, ich sehe tagtäglich, was für grossartige Arbeit in unseren Klassenzimmern geleistet wird.

Was möchten Sie für die Schule in den kommenden vier Jahren leisten?
Viele wichtige Entwicklungen konnte ich bereits anstossen: Die Lehrpersonen sollen zusätzliche Instrumente erhalten im Umgang mit verhaltensauffälligen sowie begabten Kindern. Sie sollen auch von unnötigem administrativem Aufwand entlastet werden. Weiter will ich Familien mit kleinen Kindern stärken, indem wir gute und bezahlbare Angebote der frühen Förderung in den Gemeinden unterstützen. Auch die Digitalisierung an den Mittelschulen und Berufsfachschulen treiben wir weiter voran. Aber vor allem stehe ich für eine pragmatische Bildungspolitik ein, die sich am Wohl der Kinder und an einer starken Wirtschaft orientiert.

ÜBER DEN DRUCK DES NEUEN BUNDESRATS

Röstis Herkulesaufgabe

Der Schweiz droht in den nächsten Jahren ein Energienotstand. Es ist dringend abzuklären, was für Möglichkeiten es für eine genügende, sichere, kostengünstige und saubere Energie gibt. Allzu lange stand die Energieversorgung unseres Landes unter der Kontrolle von grünen Ideologen.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Doch jetzt hat Bundesrat Albert Rösti (SVP) das Energiedepartement übernommen. Er ist nicht zu beneiden. Das Problem muss kurz-, mittel- und langfristig gelöst werden. Wenn wir alle Ölheizungen herausreissen, was jetzt beabsichtigt ist, und Wärmepumpen installieren, haben wir zwar weniger Schadstoffe, aber einen enormen zusätzlichen Stromverbrauch. Doch wie decken wir diesen Bedarf? Eine kurzfristige, billige und effiziente Methode bestünde darin, die heute schon vorhandenen Notgeräte der Industrie in Notzeiten nutzbar zu machen. Sie sind alle da. Aber sie dürfen lediglich 50 Stunden betrieben werden. Wenn all diese Geräte in Notzeiten frei betrieben werden könnten, würden diese so viel wie ein bis drei Kernkraftwerke produzieren. Das kann schnell beschlossen werden. Alle, die für eine nachhaltige Stromversorgung eintreten und vor allem die Wirtschaft, die vom Strom abhängig ist, hoffen auf den bürgerlichen Albert Rösti. Die links-grüne Seite aber ist jetzt enorm nervös und versucht via Medien, den neuen Energieminister vorsorglich schlecht zu machen. Haben diese Angst, es komme zu viel heraus?

Mit diesem Druck muss Rösti fertigwerden. Er hat eine Herkulesaufgabe, das Umwelt-, Verkehrs-, Energie und Kommunikationsdepartement zu führen, in dem es von Ideologen nur so wimmelt.

Wir brauchen jetzt Realisten, welche die Welt so betrachten, wie sie ist, und sich nicht an Pippi Langstrumpfs Devise erfreuen: «Mach' mir s'Leben so, wie es mir gefällt!»

Neo-Bundesrat Albert Rösti hat mit dem UVEK ein zentrales, aber auch schwieriges Departement übernommen. Es liegt nun an ihm, die bürgerlichen Interessen und Vorstellungen zu repräsentieren. Bild: UVEK

SVP BEZIRK DIETIKON

Bilder sagen mehr als Worte

Die Crew der SVP des Bezirks Dietikon war sowohl am Samstag, 7., wie auch 14. Januar 2023 auf der Strasse unterwegs. Tolle Gespräche und neue Bekanntschaften konnten auf der Strasse geführt werden und wir sind stolz auf das Wohlwollen der Bevölkerung gegenüber unseren Kandidaten und unserer Partei.

Jetzt gilt es ernst: Liste 1 einwerfen und die bürgerlichen Regierungsräte Natalie Rickli, Ernst Stocker, Silvia Steiner, Carmen Walker-Späh und Peter Grünenfelder aufschreiben.

Rochus Burtscher,
SVP Bezirk Dietikon

In Birmensdorf: v.l.n.r. Sandro Strässle, Markus Erni, Roger Schmidinger, Rochus Burtscher und Yannik Hälg. Bild: zVg

In Unterengstringen: v.l.n.r. Rochus Burtscher, André Bender, Andrea Walser und Rainer Stüssi. Bild: zVg

Fadegrad

von
Ueli Bamert

Teflon-Alain unter Druck

Unser bewährtes Konkordanz-System mag zwar manchmal etwas langweilig erscheinen, es hat aber einen gewichtigen Vorteil: die in anderen Ländern gängige Skandalisierung ist uns fremd. Während Politiker andernorts bereits wegen kleinster privater Fehltritte unter öffentlichen Druck geraten und zurücktreten müssen, gilt bei uns: Privatsache ist Privatsache.
Mir gefällt diese typisch schweizerische Unaufgeregtheit eigentlich recht gut, denn sie zeigt, dass sich die Öffentlichkeit vor allem um Politik foutiert und nicht darum, was Politikerinnen und Politiker im Privaten so treiben.
Handkehrum bedeutet dies aber auch: Wenn in der Schweiz ein Politiker in einen Skandal gerät und sich mit medialen Rücktrittsforderungen konfrontiert sieht, hat er wirklich einiges falsch gemacht. Eindrücklich zeigt sich dies derzeit bei den Sozialdemokraten: Deren Regierungsrätin Jacqueline Fehr steht seit Monaten wegen ihres Umgangs mit dem Datenskandal in ihrer Justizdirektion in der Kritik. Datenträger wurden unsachgemäss entsorgt und anstatt offen und transparent zu informieren, versuchte Fehr, das Dilemma unter dem Deckel zu halten. Im Vergleich zu den Kapriolen ihres Parteikollegen Alain Berset handelt es sich bei Fehrs Fehltritten aber bestenfalls um Lappalien: der verheiratete SP-Bundesrat wurde von einer geheim gehaltenen Affäre erpresst, er nutzte sein Dienstfahrzeug für amouröse Abenteuer im nahen Ausland, er betätigte sich in seiner Freizeit als Hobbypilot – notabene im krassen Widerspruch zur dogmatischen Klimapolitik seiner Partei – und musste in dieser Funktion von der französischen Luftwaffe zum Boden eskortiert werden, weil er in ein Sperrgebiet geflogen war.
Ein solch beeindruckendes «Sündenregister» hätte jedem bürgerlichen Magistraten längst den Kopf gekostet – an Teflon-Alain prallten all diese Skandälchen aber einfach ab wie Regentropfen an einer Jack-Wolfskin-Jacke. Die neusten Vorwürfe haben nun aber eine gänzlich neue Qualität: Bersets Kommunikationschef soll während der Corona-Pandemie regelmässig Interna an den Blick weitergegeben haben, dies offenbar mit der Absicht, durch die Vorab-Berichterstattung der Boulevardzeitung eine für Berset günstige öffentliche Stimmung aufzubauen und damit den restlichen Bundesrat unter Druck zu setzen. Dass Berset selbst nichts von diesen Vorgängen wusste, scheint beinah unmöglich – und sollte er tatsächlich nichts gewusst haben, wäre das ein Beweis dafür, dass er seinen Laden nicht im Griff hat.
Die Geschichte könnte sich für Strahlemann Berset nun endgültig zum viel zitierten Tropfen entwickeln, der das Fass zum Überlaufen bringt. In der SVP sind uns solche Sorgen zum Glück fremd: Die Westen unserer Magistraten Rickli, Stocker, Parmelin oder Rösti sind so strahlend weiss, wie frisch gefallener Schnee in der glänzenden Januarsonne.

AM 12. FEBRUAR ENTSCHEIDET SICH UNSERE ZUKUNFT

Jetzt für unsere Heimat kämpfen

Am 12. Februar besetzen wir den Regierungs- und Kantonsrat neu. Wir haben die Wahl: mehr SVP und eine sichere Zukunft in Freiheit. Oder ein linksradikaler Durchmarsch und für Jahre oder gar Jahrzehnte weniger Lebensqualität. Setzen sich nicht alle SVP-Mitglieder geschlossen für unsere Heimat ein, sieht es leider nicht gut aus.

Samuel Balsiger
Gemeinderat und
Fraktionspräsident
der Stadtzürcher SVP

Die Wahlumfrage ist beängstigend: Dem Kanton Zürich droht eine linke Mehrheit in der Regierung und im Parlament. Das bedeutet: Höhere Steuern, noch mehr Klima-Hysterie und Gender-Wahn, noch mehr Verbote, weniger Sicherheit, weniger Freiheit und während Jahren oder gar Jahrzehnten weniger Lebensqualität! Wer das nicht will, muss jetzt sein persönliches Umfeld für die SVP mobilisieren. Jedes SVP-Mitglied kann mindestens zwei bis drei zusätzliche Wählerstimmen aus dem Freundeskreis aktivieren.

Gewinnen die Linken, geht es uns schlecht

In den letzten Jahren haben sich die Linken radikalisiert. Sie wollen uns vorschreiben, wie wir zu denken, zu sprechen und zu handeln haben. Wir sollen nur noch gendern, Velofahren und vegan essen. Die radikalen Linken zerstören die einst sichere Energieversorgung. Benzin und Strom werden deshalb immer teurer. Bei einem kalten Winter droht der Blackout mit verheerenden Folgen für unseren Wohlstand.

Es steht viel auf dem Spiel

Die radikalen Linken wollen gegen jede Vernunft auf Hauptverkehrsachsen flächendeckend Tempo 30 durchdrücken. Das Verkehrsnetz wird zusammenbrechen. Wir werden noch länger im Stau stehen. Die radikalen Linken wollen offene Grenzen und noch mehr Einwanderung. Dann steigen die Mieten weiter an und wir werden Fremde im eigenen Land. Die radikalen Linken wollen noch mehr Kuscheljustiz und keine Härte gegenüber Kriminellen. Dann nehmen die Kriminalität und Jugendgewalt noch weiter zu.

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie JETZT für unsere Heimat kämpfen!

Wir als SVP stehen als einzige Partei gradlinig für Land und Leute ein. Wer SVP wählt, bekommt eine sichere Zukunft in Freiheit. Teilen Sie diese freiheitliche Botschaft Ihren Freunden, Bekannten und Arbeitskollegen mit. Im ganzen Kanton machen nur wenige Tausend Stimmen den Unterschied zwischen Niederlage und Wahlsieg aus. Es kommt auf JEDE Stimme an.

So gewinnt die SVP

Wenn jedes SVP-Mitglied mindestens zwei bis drei zusätzliche Wähler mobilisiert, gewinnen wir die alles entscheidende Richtungswahl am 12. Februar.

Die Wahlunterlagen sind diese Woche eingetroffen. Jeder von uns kennt mehrere Personen, die für mehr Sicherheit, tiefere Steuern, genügend Parkplätze, fliessenden Verkehr und eine sichere Zukunft in Freiheit sind. Stellen Sie sicher, dass diese Personen JETZT SVP Liste 1 in den Kantonsrat sowie Ernst Stocker und Natalie Rickli zusammen mit den anderen bürgerlichen Kandidaten in den Regierungsrat wählen. PS: Mario Fehr ist ein strammer Linker. Ihn nicht wählen!

JEDE Stimme ist wichtig: So wählen Sie eine sichere Zukunft in Freiheit! Bild: zVg

BERICHT AUS ANDELFINGEN

Jahrestreffen der SVP Bezirk Andelfingen – Altbundesrat Ueli Maurer als Gastreferent

Es hat bald 40 Jahre Tradition, dass die SVP Bezirk Andelfingen jeweils um den Jahreswechsel zum Jahrestreffen von amtierenden und ehemaligen Behördenmitgliedern einlädt. Am vergangenen Dienstagabend war Altbunderat Ueli Maurer in Oberstammheim der Gastreferent.

RoMü. Trotz Wahlkampf und vielen Terminen hat Ueli Maurer am vergangenen Dienstagabend Zeit gefunden, um als Gastreferent ins Weinland nach Oberstammheim an das traditionelle Jahrestreffen der SVP Bezirk Andelfingen zu reisen. Sein in den gemütlichen Abend eingebettetes Referat sorgte für manches Schmunzeln unter den Teilnehmern. Dabei gewährte er einen Einblick in den Alltag als Bundesrat. Gleich zum Essen fand er einleitend eine Brücke zum aktuellen Abend. Denn auch das Thema Fleisch ist bei wöchentlichen gemeinsamen Mittagessen der Bundesräte durchaus ein Thema. Denn der gesellschaftlichen Wandel macht sich auch unter den Magistraten und Magistratinnen bezüglich des Fleischkonsums bemerkbar. Zugleich plädierte Maurer für ein offenes Auftreten der Landesregierung, weil er immer mehr feststellte, dass man sich von Basis entfernte. Er erlebe es immer wieder, wenn er beim Gang durch Bern von den Buschauffeuren gegrüsst werde, so Maurer. Eine der wichtigsten Arbeiten als Bundesrat sind die jeweiligen Sitzungen. «An der wöchentlichen Bundesratssitzung umfasst die Traktandenliste 10 bis 50 Seiten und es werden 70 bis 300 Geschäfte behandelt», führte Maurer aus. Diese wird bereits am vorangegangenen Donnerstag in einer ersten Fassung verteilt. Er hat sich jeweils am Freitag mit seinen persönlichen Mitarbeitern und Umfeld getroffen, um die Traktandenliste durchzugehen. Zugleich ist hier eine starke Verwaltung wichtig, um den notwendigen Rückhalt sicherzustellen. Wird zu einem Geschäft die Diskussion verlangt, so ist dies nur möglich, wenn man konkret zwei bis drei Tage einen Abänderungsantrag stellt. «Es werden entsprechend vielleicht 10 Geschäfte pro Sitzung diskutiert», führte Maurer aus.

> *Für Alt Bundesrat Ueli Maurer ist klar: «Die bürgerliche Politik muss gestärkt werden.»*

SVP-Bezirkspräsident Paul Mayer dankt dem Gastreferenten Ueli Maurer für sein spannendes Referat. Bild: zVg

10 000 Mitarbeiter im Finanzdepartement

Er kam aber auch auf das grosse Finanzdepartement zu sprechen. Gesamthaft umfasst es rund 10 000 Mitarbeiter, wobei viele Juristen sind. Dies heisst aber noch lange nicht, dass alles bei offenen Fragen immer klar ist. «Wenn zwei Juristen beisammen sind, so haben sie auch zwei Meinungen», so Maurers Erfahrungen. Zugleich stellt er auch eine immer mehr veradministratisierte Verwaltung und Amtssprache fest. Entsprechend zeigte er sich über die Ausdrucksweise und Politik und Verwaltung besorgt. Diese wird immer komplizierter und für Laien und normale Leute immer unverständlicher. Er stellt auch fest, dass mit Blick auf die Zusammensetzung des Parlaments die Bevölkerung in ihrer Struktur nicht mehr abgebildet ist. Zugleich äusserte er sich aber entsprechend überzeugt, dass man sich auf dem Land noch einfacher ausdrückt und verständigt. «Entsprechend sind die ländlichen Regionen auch das Rückgrat der Schweiz», zeigte sich Maurer überzeugt.

Doch nun freut sich Maurer nach seinen Bundesratsjahren auf die freie Zeit. Den kommenden Sommer wird er die meiste Zeit auf der grossen Rinderfarm seines Sohnes in Kanada verbringen. Im Winter wird es ihn dann zu seinem zweiten Sohn in den Norden ziehen, wo dann vor allem auch Langlauf angesagt ist.

Zugleich nutzten an diesem Abend die anwesenden Kantonsratskandidaten Paul Mayer, Andrina Trachsel und Stefan Stutz die Gelegenheit, um sich nochmals vorzustellen. Sie alle stehen für die Werte der SVP ein. Sie setzen dabei auf Eigenverantwortung und wehren sich gegen immer mehr Gesetze und Vorgaben, welche den Alltag erschweren. Vorgängig zu diesem Abend tauschte sich Ueli Maurer auch im Rahmen eines öffentlichen Apéros mit der Bevölkerung aus. Dabei unterstrich er auch die Bedeutung der anstehenden Wahlen, wo es eine geschlossene bürgerliche Wählerschaft brauchte, welche mit dem Gang an die Urne für entsprechende Mehrheiten sorgen muss.

SVP WALD

Bericht Winterapero der SVP Wald

Am Sonntagmorgen des 8. Januar fanden sich über 40 Personen beim TCS Parkplatz Gibswil ein, um eine gemeinsame Wanderung ins PanoNordicHaus bei der Amslen zu machen. Pünktlich um 09.30 Uhr begrüsste der Walder Kantonsrat Walter Honegger (SVP) die Anwesenden und führte die Wandergruppe in Richtung Amslen. Mit dabei Regierungspräsident Ernst Stocker und Regierungsrätin Natalie Rickli sowie die Kantonsratskandidaten/-innen der SVP Liste 1, Bezirk Hinwil. Nach einer halbstündigen Wanderung durch die schöne Landschaft, welche Gelegenheit für gute Gespräche ergab, erreichten die Wanderlustigen die Amslen und wurden dort vom Vorstand der SVP Sektion Wald mit einem Apero begrüsst. In ihrer Begrüssungsrede zeigte sich Sektionspräsidentin Ruth Frei sehr dankbar, dass so viele Gäste der Einladung der Sektion Wald gefolgt sind, mit den direkt angereisten Gästen waren es nun über 70 Personen. Ruth Frei begrüsste die beiden SVP-Regierungsräte Ernst Stocker und Natalie Rickli und die amtierenden SVP-Kantonsräte des Bezirkes Hinwil, Elisabeth Pflugshaupt und Daniel Wäfler, sowie Gemeindepräsident Ernst Kocher (SVP). Weiter noch den SVP-Bezirkspräsidenten und Kantonsratskandidaten René Schweizer sowie viele weitere Mandatsträger.

Im Anschluss an die Begrüssung folgte die Vorstellung der Kantonsratskandidaten/-innen, wobei alle ein kurzes Zeitfenster für Verfügung hatten. Die Voten der sich zur Wahl stellenden Kantonspolitiker/-innen kamen beim Publikum gut an und die Liste konnte ihre Kompetenz und Ausgewogenheit unter Beweis stellen. Bei guter Bewirtung durch die Sektion Wald konnten sich die Besucherinnen und Besucher dann auch aus erster Hand zu den Tätigkeiten der Regierungsräte informieren. Den Anfang machte Natalie Rickli mit einem spannenden Einblick in die Gesundheitsdirektion. Authentisch berichtete sie über ihren Entscheid zur Spital-Liste und die Konsequenzen für die Höhenklinik Wald. «Die Regierung handelt zum Wohle des Gesamten und kann nicht immer Rücksicht auf Einzelinteressen nehmen», führte die Gesundheitsdirektorin aus und betonte, dass sie sich im Vorfeld intensiv mit der Vertretung von Wald ausgetauscht hätte und nun hoffe, dass Gemeindepräsident Kocher und Kantonsrat Honegger doch noch zufrieden seien. Zum Thema Windräder, welches im Vorfeld von mehreren Kantonsratskandidaten/-innen angesprochen wurde, meinte Natalie Rickli, dass es dazu noch keinen Regierungsratsbeschluss gebe und wohl auch nicht geben werde. Mit grossem Applaus wurde das Referat verdankt und es folgte die Ansprache von Regierungspräsident Ernst Stocker.

Seine Worte richtete Ernst Stocker bewusst an alle anwesenden Generationen und konnte gleich auf seinen anwesenden Enkelsohn verweisen. Stocker betonte die Wichtigkeit von Stabilität und gesunden Finanzen für den Kanton Zürich und hob die Stärken hervor, die es zu erhalten gilt. Zum Schluss lobte er noch die Vielseitigkeit der Kantonsrats-kandidierenden der SVP Bezirk Hinwil und betonte, wie wichtig Wurzeln seien.

Nach einem grossen Applaus verdankte der Walder Schulpfleger und Kantonsratskandidat Benjamin Herger die beiden Regierungsräte und schenkte ihnen sowie den Kantonsratskandidaten/-innen ein Glas mit Walder Honig. Nach einem Gruppenfoto in grüner Umgebung, anstatt in weisser wie vor vier Jahren, klang der familiäre Anlass gemütlich bei Gerstensuppe und Wienerli aus.

Ruth Frei, Präsidentin SVP Wald

Regierungsrätin Natalie Rickli und Regierungspräsident Ernst Stocker mit einem Teil der Hinwiler Kantonsratskandidaten.
Bild: zVg

Nachruf Oliver Meier

Mit grosser Betroffenheit mussten wir den Hinschied von Oliver Meier vernehmen. Er stammte ursprünglich aus Würenlos, wo er am 11. April 1938 zur Welt kam. Später lebte er in Höngg. Oliver war Kreisparteipräsident der SVP Wipkingen/Höngg. Seine Tätigkeit als Politiker im Quartier wirkt bis heute nach. In der Zeit von 1995 bis 2006, in der er Präsident der SVP 10 war, stellte die Kreispartei drei Sitze im Gemeinderat und zwei Kantonsräte. Ebenso waren die verschiedenen Milizämter wie Geschworene – welche es heute nicht mehr gibt – oder Kreisschulpflege und Bezirksschulpflege, welche es ebenfalls nicht mehr gibt, mit engagierten Parteimitgliedern besetzt. Im Gemeinderat politisierte er zusammen mit Werner Furrer und Hans Marolf. Der Kreis 10, insbesondere Höngg, war damals ein bürgerliches Quartier. Der Stimmenanteil der SVP 10 lag in seiner Präsidialzeit konstant zwischen 20 und 22 Prozent. Oliver selbst war ebenso in den Gremien aktiv, als Schulpfleger, Gemeinderat und Kantonsrat verfolgte er die lokale Politik sehr genau und reichte gezielt Vorstösse zu den schon damals aktuellen Themen Finanzen, Bauwesen oder ausufernde Behördentätigkeit ein. Als Gemeinderat amtierte er von 1998 bis 2004, danach wechselte er in den Kantonsrat.

Oliver war weitherum bekannt für seine musischen und künstlerischen Fähigkeiten. Er zeichnete, malte und gestaltete mit Freude und Geschick. Regelmässig stellte er seine Werke aus und lud befreundete und bekannte Maler ein zu seinen Ausstellungen, die er oft im Fasskeller der Weinhandlung Zweifel in Höngg durchführte. Die Ausstellungen zogen stets viel Publikum an. Legendär sind seine Veranstaltungen mit Musikgruppen, wo er oft selber als Sänger auftrat und die Säle füllte. Oliver war auch ein grosser Katzenliebhaber.

Beruflich betrieb er ein Architekturbüro. Als gelernter Architekt verfolgte er seine Projekte mit Akribie. Er wusste auch seine Freizeit zu geniessen: Gerne verbrachte er seine Ferien auf den Kanaren, wo er eine hübsche Wohnung besass. Auch dort war er für die Eigentümergemeinschaft tätig. Mit seinem Organisationstalent und seinen Führungsqualitäten fiel ihm dies leicht.

Nach der Pensionierung blieb Oliver aktiv und war mit seinem Humor und der guten Laune gern gesehener Gast bei Veranstaltungen und Festen. Leider litt er in den letzten Jahren an einer hartnäckigen Krankheit.

Am Silvesterabend ist Oliver im Kreise seiner Familie friedlich eingeschlafen. Die Urnenbeisetzung findet im engsten Familienkreis statt. Wir werden ihn in ehrenvoller Erinnerung halten.

Martin Bürlimann und Vorstand SVP 10

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

SVP-STAMM

Bezirk Andelfingen/Andelfingen
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 18.00 Uhr, Grilltreff, Im Bilg 2, Andelfingen.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Bülach
Mittwoch, 25. Januar 2023, 20.00 Uhr, Wahlpodium, Hotel Goldener Kopf, Bülach, u.a. mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser.

Bezirk Bülach/Winkel
Samstag, 4. Februar 2023, 10.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Winkel, mit den Kantonsratskandidaten Saskia Meyer und Thomas Schneider.

Bezirk Dietikon/Aesch
Samstag, 21. Januar 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Dorfladen, Aesch, mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Hinwil/Bäretswil
Donnerstag, 26. Januar 2023, 19.30 Uhr, Wahlanlass, im Skibeizli Bäretswil, mit alt Bundesrat Ueli Maurer und Kantonsratskandidatin Nicole Ward-Brändli.

Bezirk Hinwil/Rüti
Montag, 30. Januar 2023, 19.30 Uhr, Sessionsrückblick, Breitenhofstrasse 12, Rüti, mit Nationalrat Alfred Heer und Kantonsratskandidatin Nicole Ward-Brändli.

Bezirk Horgen
Montag, 23. Januar 2023, 19.30 Uhr, Wahlanlass, Ref. Kirchgemeindehaus, Adliswil, u.a. mit Regierungspräsident Ernst Stocker und Kantonsrat Marcel Suter. Anschliessend Apéro.

Bezirk Meilen/Zumikon
Dienstag, 24. Januar 2023, 19.00 Uhr, Fiirabigbier, Schützenhaus Zumikon, Süessplätzweg 1, Zumikon, mit Regierungsrätin Natalie Rickli und Kantonsratskandidaten.

Bezirk Winterthur/Brütten
Mittwoch, 25. Januar 2023, 19.30 Uhr, Wahlkampfveranstaltung, Gemeindesaal Brütten, u.a. mit Kantonsrat Tobias Weidmann.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Montag, 23. Januar 2023, 18.45 Uhr, Sessionsrückblick, Restaurant Eichmühle, Dägerlenstrasse 2, Hettlingen, mit den Nationalräten Therese Schläpfer, Alfred Heer und Thomas Matter sowie den Kantonsräten Martin Hübscher und Tobias Weidmann. Anschliessend Apéro.

Freitag, 27. Januar 2023, 19.00 Uhr, SVP-Jassturnier, Mehrzweckhalle Hettlingen. Kosten: 20 Franken. Anmeldung an eliane.curiger@gmx.ch.

Bezirk Winterthur/Turbenthal
Freitag, 27. Januar 2023, 18.00 Uhr, SVP-Metzgete, Armbrustschützenhaus Turbenthal, mit Nationalrat Alfred Heer, Regierungsrätin Natalie Rickli und Kantonsratskandidaten. Reservation an marcel_bischof@bluewin.ch.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 21. Januar 2023, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 28. Januar 2023, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 21. Januar 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 27. Januar 2023, 19.00 Uhr, Fondueplausch, Hundetrainingsplatz Reckenholz SKG, Bärenbohlstrasse, Zürich-Affoltern. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 20. Januar 2023 an st.iten@gmx.net.

Samstag, 28. Januar 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 11. Februar 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 21. Januar 2023, 14.00 bis 16.00 Uhr, Schwamendinger Lichtmess, Ziegelhöhe, Zürich-Schwamendingen, mit Regierungspräsident Ernst Stocker und Regierungsrätin Natalie Rickli.

Samstag, 28. Januar 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 27. Januar 2023, 17.30 – 19.00 Uhr, SVP bi de Lüt, Rathausbrücke, Zürich, mit Bundesräten, Ständeräten und Nationalräten der SVP.

Samstag, 18. Februar 2023, 09.45 bis 16.00 Uhr, 22. Nationaler SVP-Jasscup, Mehrzweckhalle, Würenlos AG, mit National- und Ständeräten der SVP. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp.ch/aktuell/termine.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer — ISSN 1660-6701 — Der Zürcher Bote — ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

ROADSHOWS MIT REGIERUNGSPRÄSIDENT ERNST STOCKER UND REGIERUNGSRÄTIN NATALIE RICKLI

Samstag, 21. Januar 2023, 09.00 – 09.30 Uhr, Bahnhofstrasse 9, Bäretswil.

Samstag, 21. Januar 2023, 09.45 – 10.30 Uhr, Bahnhofstrasse 151, Wetzikon.

Samstag, 21. Januar 2023, 11.00 – 12.00 Uhr, Grundstrasse 4, vor Migros und ZKB, Fehraltorf.

Samstag, 21. Januar 2023, 12.30 – 13.30 Uhr, beim Bahnhof Wallisellen.

Samstag, 28. Januar 2023, 09.30 – 10.30 Uhr, Gerichtsstrasse 1, Uster.

Samstag, 28. Januar 2023, 11.00 – 12.00 Uhr, Gemeindehausplatz, Stäfa.

Samstag, 4. Februar 2023, 09.30 – 10.30 Uhr, Hofwiesenstrasse vor Coop, beim Bahnhof Zürich-Oerlikon.

Samstag, 4. Februar 2023, 11.00 – 12.00 Uhr, Kirchplatz, Dietikon.

Samstag, 11. Februar 2023, 09.30 – 10.30 Uhr, Zugerstrasse 11, vor UBS, Wädenswil.

Samstag, 11. Februar 2023, 11.00 – 12.00 Uhr, Obere Bahnhofstrasse 4, vor Restaurant Roots, Affoltern am Albis.

Regierungsratswahlen Kanton Zürich 2023

Mario Fehr und Ernst Stocker im «Kreuzverhör»

MONTAG, 23. JANUAR 2023, 19.30 UHR
REF. KIRCHGEMEINDEHAUS, ADLISWIL

Die beiden amtierenden Regierungsräte **Mario Fehr** (parteilos) und **Ernst Stocker** (SVP) stellen sich dem Kreuzverhör durch Kantonsrat **Davide Loss** (SP) und Kantonsrat **Marcel Suter** (SVP). Danach beantworten sie Ihre Fragen aus dem Publikum.

Kantonsrat Davide Loss (SP)

Kantonsrat Marcel Suter (SVP)

Anschliessend sind Sie alle herzlich zu einem Apéro eingeladen.

SP SVP

Fiirabigbier mit Natalie Rickli und den Zumiker Kantonsratskandidaten

Natalie Rickli, Regierungsrätin
André Hartmann, Gemeinderat, Kantonsratskandidat
Marc Wachter, Kantonsratskandidat

Dienstag, 24. Januar 2023, 19 Uhr
Schützenhaus Zumikon
Süessplätzweg 1, 8126 Zumikon

Bier und Wurst offeriert von der SVP Zumikon

svp-zumikon.ch

Sichere Zukunft in Freiheit
SVP

Für mehr SVP im Regierungsrat

Natalie **Rickli**

Ernst **Stocker**

Wer schon einen parteilosen Kandidaten wählen will, wählt Hans-Peter Amrein.
Denn er steht für mehr SVP im Regierungsrat.

Mario Fehr
ist ein Linker!

Mario **Fehr**

Hans-Peter **Amrein**

Komitee für mehr Heimatliebe